

## Wahlprüfsteine 2019

(Antworten der AfD LV Thüringen)

### Zum Aufwärmen

1. Nennen Sie bitte drei gute Gründe für einen Beschäftigten im Öffentlichen Dienst in Thüringen, ihre Partei zu wählen.

Mit großer Sorge beobachtet die AfD Thüringen eine Erosion des Rechtsstaates. Eine Ursache für diesen Prozess ist in einer von der Politik betriebenen Politisierung des öffentlichen Dienstes zu sehen. Hierdurch wird die Neutralität der Verwaltung in Frage gestellt, ohne die der Rechtsstaat zum Gesinnungsstaat werden muss. Für die AfD ist klar, dass der öffentliche Dienst im Rechtsstaat allein an Gesetz und Recht gebunden ist, nicht an politische Wünsche der Parteien oder vorgebliche moralische Werte. Die AfD steht daher für die Wahrung der politischen Neutralität des öffentlichen Dienstes.

In der Erfüllung seiner Aufgaben ist der öffentliche Dienst auf das Vertrauen und die „Rückendeckung“ der Politik bei der Umsetzung und Durchsetzung von Recht und Gesetz angewiesen. Die AfD steht hinter einem professionellen und leistungsfähigen öffentlichen Dienst und fordert, dass die Politik dem öffentlichen Dienst gegenüber ihre Fürsorgepflichten erfüllt. Dies gilt nicht zuletzt gegenüber der Polizei und den Ordnungsbehörden.

Die Thüringer AfD sieht es als eine wichtige Aufgabe, die Angehörigen des öffentlichen Dienstes nicht mit immer neuen und immer mehr Aufgaben zu belasten. Sinnvoll ist es jedoch eine Entlastungen beispielsweise durch Digitalisierung voranzutreiben. Auch dadurch kann hohen Ausfallzahlen in der Verwaltung begegnet werden. Insgesamt gilt es, die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu steigern, auch damit Thüringen im Wettbewerb der Bundesländer um guten Nachwuchs bestehen kann.

### Allgemeine Fragen zum öffentlichen Dienst

2. Das Berufsbeamtentum ist im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland mit seinen hergebrachten Grundsätzen geregelt. Welche Position vertreten Sie gegenüber Sichtweisen, dass diese Regelungen angeblich ein Relikt aus dem Kaiserreich und nicht mehr zeitgemäß sind, demzufolge durch ein einheitliches Recht für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes abgelöst werden sollen?

Die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums haben sich insgesamt bewährt und dürften gerade angesichts einer sich weiter fragmentierenden Gesellschaft auch in Zukunft eine wichtige Stütze für die Funktions- und Leistungsfähigkeit des Staates bleiben. Ein Einheitsrecht für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes oder eine Abschaffung des Beamtentums steht für die AfD Thüringen nicht zur Debatte.

3. Nach Auffassung des tbb sind alle diejenigen staatlichen Aufgaben, die hoheitliche Tätigkeiten beinhalten und demzufolge traditionell nach der Gründung der Bundesrepublik Beamten übertragen wurden, auch in Thüringen von Beamten auszuführen. Dies gilt z.B. auch für Landesvermesser, Lehrer, Gerichtsvollzieher u.v.a. Welche Position beziehen Sie dazu?

Die AfD steht zu den bewährten Strukturen des öffentlichen Dienstes. Dabei ist es zwar nicht per se zwingend, dass alle hoheitlichen Aufgaben grundsätzlich Beamten übertragen werden müssten, doch ist für die AfD klar, dass etwa allein fiskalische Erwägungen keineswegs eine Zurückdrängung des Beamtentums rechtfertigen. So sind wir auch der Auffassung, dass sich die zeitweilige Abschaffung der Verbeamtung bei den Lehrern in Thüringen nicht bewährt hat.

4. In der aktuellen hessischen Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und B90/Grüne ist u.a. formuliert: „Wir streben an, die Tarifverhandlungsergebnisse auf die Beamtenbesoldung zu übertragen.“ In der bayerischen Koalitionsvereinbarung zwischen CSU und Freien Wählern heißt es: „Wie zwischen 2013 und 2018 streben wir auch diesmal eine zeitgleiche und systemgerechte Übertragung des Tarifergebnisses auf die bayerischen Beamten, Anwärter und Versorgungsempfänger an. Arbeitszeit und Sonderzahlungen bleiben unangetastet.“ Der tbb setzt sich dafür ein, eine vergleichbare Formulierung in einen Koalitionsvertrag für Thüringen aufzunehmen. Welche Auffassung vertreten Sie zu dieser Thematik?

Ergebnisse von Tarifverhandlungen stellen eine sinnvolle Orientierungsgröße für die Entwicklung der Beamtenbesoldung dar. Unter Berücksichtigung landespezifischer Verhältnisse sollte die Beamtenbesoldung auf Landesebene entsprechend angepasst sein.

5. Das Nebeneinander der unterschiedlichen Krankenversicherungssysteme von Tarifbeschäftigten, Selbständigen sowie Beamten hat sich grundsätzlich bewährt. Verbesserungen halten wir für beide Systeme für nötig, für den Zuständigkeitsbereich der Thüringer Landesregierung z.B. im Bereich Beihilfe. Einer Vereinheitlichung in Form der Bürgerversicherung stehen wir aber aus guten Gründen ablehnend gegenüber. Wie positionieren Sie sich dazu?

Viele Aspekte einer einheitlichen Bürgerversicherung sind ungeklärt. Eine solche Bürgerversicherung wäre aus Perspektive der AfD generell nur sinnvoll, wenn sie auch tatsächlich Verbesserungen mit sich bringt, ohne Mehrkosten zu verursachen. Das ist momentan nicht abzusehen, so dass die Einführung einer solchen Versicherung für die Thüringer AfD nicht auf der Tagesordnung steht.

6. Die Herausforderungen für die Alterssicherungssysteme wachsen insbesondere wegen der demographischen Entwicklung. Die gesetzliche Rente wird zu einem geringen Teil durch den Generationenvertrag finanziert. Der größere Anteil umfasst

nach aktuellem Stand jährlich etwa 100 Milliarden Euro aus Steuermitteln und damit etwa ein Drittel des Bundeshaushalts. Auch wenn die Landespolitik dafür nicht zuständig ist, wie bewerten Sie die Vorstellung, durch Verlagerung von Zuständigkeiten die Rentenversicherung von rentenfremden Leistungen zu entlasten?

Die Entlastung der Deutschen Rentenversicherung von rentenfremden bzw. versicherungsfremden Leistungen ist dringend geboten. Diese Leistungen stellen die Erfüllung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben dar und sind insofern auch aus Steuermitteln zu finanzieren. Im Übrigen: Es ist auch im aktuellen Bundeshaushalt möglich, dieses Vorhaben gegen zu finanzieren, wenn die Prioritäten wieder richtig gesetzt werden. Weniger Politik des Wunschenkens und mehr Fokussierung auf das Wesentliche sind dazu notwendig.

7. Im Gegensatz dazu sind für die Finanzierung der Versorgungsbezüge der Landesbeamtinnen und -beamten die Länder zuständig. Erfahrungsgemäß führen die dem Landtag vorzulegenden Versorgungsberichte häufig zu unberechtigter Kritik am Beamtenversorgungssystem, indem prognostiziert wird, dass die finanziellen Aufwendungen für Pensionen ins Unermessliche wachsen werden und dem „Verbeamtungsunwesen“ ein Ende gesetzt werden müsse. Wie treten Sie dieser Argumentation entgegen? Werden Sie am Alterssicherungssystem für die Beamtinnen und Beamten uneingeschränkt festhalten?

Die AfD Thüringen steht zum bewährten Beamtensystem und dementsprechend auch zur Verbeamtung. Das Beamtensystem erfordert jedoch nicht notwendigerweise das aktuelle Alterssicherungssystem. Am Beispiel Österreich kann studiert werden, dass andere Wege für „Neuverbeamtete“ möglich sind. Für uns ist jedoch klar: Ein Wechsel des Alterssicherungssystems darf für die Staatsdiener keine Nachteile mit sich bringen.

Ein „Verbeamtungsunwesen“ kann es im Übrigen nicht geben, wenn der Staat mit Augenmaß und unter Beachtung der aktuellen und späteren Ausgaben verbeamtet.

8. Die Einführung des Nachhaltigkeitsmodells von Finanzministerin Taubert zeigt nach ihrer Aussage in den kommenden Jahren große Wirkung. Der tbv teilt diese Auffassung, hat im Interesse aller Thüringer dieses deutschlandweit einmalige Modell mitgetragen und von seiner ursprünglichen Forderung nach Schaffung eines neuen Vorsorgefonds Abstand genommen. Wie stehen Sie zur damit verbundenen Forderung des tbv, die Höhe der Tilgungen durch das Nachhaltigkeitsmodell sowie die Höhe der nicht mehr zu zahlenden Schuldzinsen im Versorgungsbericht verpflichtend auszuweisen?

Eine entsprechende Ausweisung kann als sinnvoll und der Transparenz förderlich angesehen werden.

9. Durch welche konkreten Maßnahmen werden Sie dem bevorstehenden massiven Verlust von Erfahrungswissen und dem fortschreitenden Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst gezielt entgegenwirken?

Der AfD ist es ein Anliegen, die Attraktivität des öffentlichen Dienstes und des Beamtenberufs in Thüringen zu steigern (siehe oben zu Frage 1). Dies kann durch die Ausschöpfung von Entlastungspotentialen geschehen, muss aber auch durch finanzielle Anreize erfolgen. Hier ist über eine Flexibilisierung der Entgeltstruktur nachzudenken, etwa derart, dass eine Bewertung der Tarifentgelte unter Berücksichtigung der tatsächlichen Aufgabenerfüllung erfolgen kann.

Einem Verlust an Erfahrungsmittel kann die Einführung der Möglichkeit entgegenwirken, einem Beschäftigungsverhältnis oder einem Beamtenverhältnis für einen bestimmten definierten Zeitraum zwei Arbeitnehmer/Beamte zuzuordnen, um auf diese Weise einen verbesserten Wissenstransfer zu erreichen.

10. Thüringen steht im Wettbewerb um die besten Köpfe für den öffentlichen Dienst. Der Bund hat in diesem Bereich mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung der Strukturen des Besoldungs- und Umzugskostenrechts einen Schritt zur Steigerung der Attraktivität im öffentlichen Dienst gestartet. Planen Sie in Thüringen eine Übernahme von Regelungen aus diesem Gesetz? Welche anderen Maßnahmen ergreifen Sie, um Thüringen im öffentlichen Dienst attraktiver zu machen?

Käme für Sie auch eine Senkung der Arbeitszeit auf 39 Wochenstunden in Betracht?

Was halten Sie von einer Anhebung der Eingangssämter?

Die AfD Thüringen setzt sich dafür ein, alle Maßnahmen zu prüfen, die die Attraktivität des öffentlichen Dienstes für Arbeitnehmer in Thüringen verbessert. Dazu gehören auch die Schritte, die man auf Bundesebene eingeleitet hat.

Während wir für eine Arbeitszeitsenkung zur Zeit keinen Anlass sehen, könnte die Anhebung der Eingangsbesoldung ein Mittel zur Steigerung der Attraktivität des Thüringer öffentlichen Dienstes sein.

11. Wie stehen Sie zur Bereitstellung von ausreichend Dienstwagen für alle Bediensteten mit Außendiensttätigkeiten oder einer angemessenen Entschädigung auf Basis von tatsächlichen Kostenberechnungen z.B. die des ADAC?

Dienstwagen müssen bedarfsorientiert zu Verfügung stehen.

12. Mit dem Personalentwicklungskonzept 2025 wurden mit dem Argument, zu „attraktiver Besoldung im Wettbewerb um gute Köpfe“ beizutragen, die Vorbereitungsdienste für einige Laufbahnen trotz gegenteiliger Argumentation des tbb und einschlägiger Fachverbände abgeschafft. Wie stehen Sie zum Ziel des tbb, diese Vorbereitungsdienste nach bundesdeutschem Standard wieder einzuführen, um auch in Zukunft in Thüringen einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst zu gewährleisten und Berufseinsteigern dieser Bereiche bundesweite Einsatzmöglichkeiten zu bieten?

Die Abschaffung des Vorbereitungsdienstes für einige Laufbahnen sehen wir aus fachlichen Gründen skeptisch; allerdings bleibt eine genauere Evaluierung der Folgen dieser Abschaffung abzuwarten.

13. Was wollen sie tun, um die Infrastruktur im ländlichen Raum zu stärken und eine bürgernahe kommunale Verwaltung zu gewährleisten?

Der ländliche Raum darf nicht von der Entwicklung abgehängt werden, weshalb der AfD die Zukunft des ländlichen Raumes ein besonderes Anliegen ist. Die AfD steht dafür, dass allgemein die Infrastruktur im ländlichen Raum gesichert und gestärkt wird. Wir brauchen wohnortnahe Schulen und Kindergärten, eine gute Verkehrsanbindung, gesicherte medizinische Versorgung in der Fläche und auch eine leistungsfähige und bürgernahe Verwaltung. Nach unserer Überzeugung kann mit Blick auf Bürgernähe eine sinnvoll gesteuerte Digitalisierung der Verwaltung hier vieles leisten (etwa: Formulare und Anträge online), kann und soll aber die Erreichbarkeit der Verwaltung vor Ort nicht ersetzen. Das Land muss die Kommunen wo immer möglich unterstützen und finanzielle Spielräume ermöglichen, damit die Kommunen notwendige Investitionen in die Verwaltung auch tatsächlich tätigen können.

14. Die Vereinbarkeit von Beruf, Pflege und Familie ist ein Kernthema in der modernen Gesellschaft. Welche Einzelmaßnahmen dazu streben Sie für den öffentlichen Dienst an?

Wie auch in der freien Wirtschaft halten wir etwa eine Flexibilisierung von Arbeitszeiten sowie die Ausweitung der Möglichkeiten von Home Office für zielführende Maßnahmen, die die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege verbessern können.

Schlaglichter aus den Bereichen...

Justiz und Innere Sicherheit

Im Thüringer Justizvollzug fehlen nach unserer Auffassung derzeit etwa 100 Bedienstete, in der Thüringer Polizei etwa 300. Auch Arbeitsschutz und Steuerverwaltung sind personell unzureichend ausgestattet. Bis zum Jahr 2025 werden zudem mehrere 100 Beschäftigte wegen Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand treten.

15. Welche konkreten Maßnahmen halten Sie für zielführend, um den Widerspruch zwischen gesetzlichen Aufgaben einerseits und dem dafür zur Verfügung stehenden Personal andererseits aufzulösen?

Das angesprochene Problem ist besonders drängend in den Bereichen Polizei/innere Sicherheit, Schule und Justiz.

Die Polizei beispielsweise braucht neben mehr Personal auch eine effektive Entlastung von polizeifremden Tätigkeiten wie etwa die Begleitung von Schwerlasttransporten.

Im Bereich der Schulen beispielsweise ist es vordringlich, neue Lehrer einzustellen und Lehrernachwuchs zu gewinnen. Die Attraktivität des Lehrerberufes leidet darunter, dass die Lehrer mit der Inklusion und Integration immer mehr Aufgaben übernehmen sollen, die die eigentliche schulischen Lehre in den Hintergrund drängen und für die Lehrer oft nicht hinreichend ausgebildet sind. Hier gilt es dringend, Abhilfe zu schaffen.

16. Wie gedenken Sie, einerseits den „Pakt für den Rechtsstaat“ im Haushalt 2020 und 2021 im Thüringer Stellenhaushalt umzusetzen, andererseits die Schuldenbremse einzuhalten?

Die im Bereich der Migration gerade in Thüringen mangelhafte Umsetzung des geltenden Rechts sowie eine vielfach fehlgeleitete Politik kostet den Freistaat und damit die Thüringer Steuerzahler sehr viel Geld, das mithin an anderer Stelle fehlt. Die AfD steht für eine konsequente Umsetzung des geltenden Rechts und für die Streichung abwegiger politischer Projekte im Bereich der Migration. Hierdurch kann viel Geld frei werden, das dann etwa für notwendige Einstellungen bei Polizei, Lehrern und in der Justiz eingesetzt werden kann.

17. In der Thüringer Justiz wurde im Beamtenbereich der einfache Dienst abgeschafft, im mittleren Justizdienst angesiedelt und damit mindestens mit A6 besoldet. Die Eingruppierung der Tarifbeschäftigten unterliegt TdL-weit der Entgeltordnung des TV-L. Dies führt zu erheblichen Unterschieden in der Bewertung entsprechender Aufgaben, solange keine übertariflichen Regelungen getroffen werden. Halten Sie eine angemessene übertarifliche Eingruppierung angestellter Gerichtsvollzieher für angemessen und möglich?

Arbeitsschutz und Technik

18. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die Arbeitsfähigkeit der Arbeitsschutzbehörden in Thüringen langfristig sicherzustellen?

Es wäre zunächst zu evaluieren, ob und inwieweit die Arbeitsfähigkeit der Arbeitsschutzbehörden gefährdet ist, bevor hier Maßnahmen zu erwägen sind.

19. Von einem Anwärter des mittleren Feuerwehrtechnischen Dienstes werden als Voraussetzung für die Einstellung in den Vorbereitungsdienst eine handwerkliche Berufsausbildung und eine Rettungsdienstliche Qualifikation und ein technisches/naturwissenschaftliches Studium im gehobenen feuerwehrtechnischen Dienst gefordert. Dies bringt mit sich, dass die Betroffenen oft bereits einige Jahre

Berufserfahrung mitbringen. Da eine reine Vergütung mit Anwärterbezügen oft finanzielle Einschnitte bedeutet, scheuen jedoch viele Bewerber den Schritt in den Feuerwehrtechnischen Dienst. Wie stehen Sie dazu, den Anwärtern des feuerwehrtechnischen Dienstes bereits als Anwärter die A 5 oder A 6 zu zahlen (Eingangssamt A7)?

Der genannte Vorschlag kann ein sinnvoller Weg sein, um entsprechende Anwärter zu gewinnen.

## Bildung und Schule

20. Für welche Maßnahmen werden Sie sich einsetzen, um den bereits jetzt bekannten in den nächsten fünf Jahren stark wachsenden Bedarf an grundständig ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern zu decken?

Nach wie vor ist das Einstellungsverfahren für Lehrer in Thüringen ineffektiv gestaltet. Bewerber erfahren zu spät, ob und wo sie in Thüringen eingestellt werden und sind dann oft bereits in andere Bundesländer abgewandert. Dieser Missstand ist kurzfristig zu beseitigen. Im Übrigen gilt es, die Lehrer von Aufgaben zu entlasten, für die sie nicht hinreichend ausgebildet sind und die die eigentliche Lehrtätigkeit zunehmend verdrängen. Schließlich muss der Lehrerberuf in Thüringen finanziell attraktiver werden.

21. In der zu Ende gehenden Legislaturperiode hat Thüringen im Vergleich zu anderen Bundesländern den Anschluss hergestellt in der Verbeamtung, in der Eingruppierung von Regel- und Förderschullehrern. Wir hinken nach wie vor hinterher im Bereich der Eingruppierung von Lehrern an berufsbildenden Schulen, Grundschulen und Gymnasien sowie Lehrerbildnern an Studienseminaren. Welche Konzeption haben Sie diesbezüglich für die kommende Legislaturperiode?

Eine Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufes mit dem Ziel, die infolge einer jahrelang fehlgeleiteten Schulpolitik dringend benötigten Lehrkräfte nach Thüringen zu holen bzw. hier zu halten, erfordert auch die Etablierung entsprechender finanzieller Anreize mittels des Eingruppierungssystems. Den hier bestehenden Nachholbedarf Thüringens werden wir angehen.

22. Die Schaffung von Voraussetzungen zur Umsetzung der Inklusion bzw. deren Reduzierung auf ein vertretbares Maß, die Schaffung von Funktionsstellen nach dem Vorbild anderer Bundesländer, die Erhöhung der Attraktivität des Erzieherberufs in den Horten, die Reduzierung von Unterrichtsausfall auf ein vertretbares Maß, die Zuständigkeiten der Schulträger oder des Landes für den Erhalt oder die Schließung von Schulen sind weitere Themenfelder, für die konstruktive Lösungen debattiert werden müssen. Welche Strategie verfolgen Sie zur Weiterentwicklung des Thüringer Schulwesens?

Die schulpolitische Strategie der Thüringer AfD verfolgt den Erhalt und die Stärkung unseres gegliederten und leistungsorientierten Schulsystems. Die erkennbaren

Bestrebungen von politisch linker und grüner Seite, eine Einheitsschule und einen Einheitslehrer durchzusetzen, lehnen wir strikt ab. Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um neue Lehrkräfte insbesondere auch für den ländlichen Raum zu gewinnen. Hier kann man etwa an Bonuszahlungen denken. Die AfD Thüringen steht außerdem für eine Inklusion mit Augenmaß und will daher auch die bewährten Förderschulen erhalten.

## Umwelt

23. Wie soll es nach Ihrer Vorstellung bei ThüringenForst die künftige Finanzierung/ Personalausstattung aussehen?

Wir wollen ThüringenForst AöR wieder umfassend und ausreichend finanzieren und personell so ausstatten, dass die Landesforstanstalt ihren Auftrag vollständig selbst erfüllen kann. Hierzu wollen wir das im Jahr 2018 beschlossene Gesetz über die verringerten Landeszuweisungen wieder rückabwickeln und es der Landesforstanstalt ermöglichen, ihren eigenen Personalnachwuchs vollständig selbst auszubilden. Wir wollen die Standorte der Landesforstanstalt im ländlichen Raum personell wie finanziell stärken, die Zahl der Forstämter erhöhen und die Forstbediensteten durch Bürokratieabbau entlasten.

24. Beabsichtigen Sie eine Trennung von Hoheit und Betrieb?

Es ist aus Sicht der AfD problematisch, wenn sich staatliche Institutionen privatwirtschaftlich betätigen und mit klein- und mittelständischen Betrieben auf dem Markt in direkte Konkurrenz treten. Gerade auf einem so durchregulierten und von Umwelt-, Forst- und Jagdgesetzen beeinflussten Markt wie dem forstwirtschaftlichen sehen wir dies kritisch. Zumal staatliche Institutionen auch niemals frei von politischen Beeinflussungen sind und auch deshalb durch gezielte Eingriffe einen Markt massiv verzerren können. Daher streben wir eine gesunde Trennung von Hoheit und Betrieb bei ThüringenForst AöR an und wollen, dass der Tätigkeitsschwerpunkt auf die Erfüllung der hoheitlichen und naturfachlichen Aufgaben gelegt wird.

25. Beabsichtigen Sie weitere Flächenstilllegungen von Wirtschaftswäldern? Werden Sie die Flächenstilllegungen am Possen rückabwickeln?

Eine weitere Flächenstilllegung von Wirtschaftswäldern lehnen wir ab. Weiterhin beabsichtigen wir, die Flächenstilllegung am Possen rückabzuwickeln. Dieser massive Eingriff war unseres Erachtens rein ideologisch bedingt und bietet Forstschädlingen (wie beispielsweise dem Borkenkäfer) einen Rückzugsraum, in dem er sich vor einer notwendigen Bekämpfung verstecken kann. Dies bringt den Thüringer Naturschutz nicht weiter und fügt der hiesigen Forstwirtschaft umso mehr Schaden zu.

## Finanzen

26. Welche Maßnahmen würden Sie zur Herstellung der Gleichmäßigkeit der Besteuerung und somit zur Steuergerechtigkeit auf Landesebene ergreifen?

Die Frage kann erst nach einer Bestandsaufnahme und der Erwägung von Zielvorgaben beantwortet werden.

27. Mehr Personal im Bereich der Finanzverwaltung führt nachweislich zu erhöhten Einnahmen im Landeshaushalt. In welcher Höhe halten Sie eine entsprechende Personalaufstockung für wünschenswert bzw. für realisierbar?

Die Frage kann erst nach einer Bestandsaufnahme und der Erwägung von Zielvorgaben beantwortet werden.

28. Welche Maßnahmen würden Sie auf bundespolitischer Ebene auf den Weg bringen, um Steuerhinterziehung zu bekämpfen?

Eine wo benötigt effektivere Bekämpfung der Steuerhinterziehung dürfte vor allem durch bessere personelle und sächliche Ausstattung der zuständigen Behörden erreicht werden. Für die AfD ist indes wichtiger, dass ein bedeutender Anreiz zur Steuerhinterziehung beseitigt wird, nämlich die im internationalen Vergleich viel zu hohe Steuer- und Abgabenbelastung der Bürger und der Unternehmen in Deutschland. Eine Senkung von Steuern und Abgaben einerseits und eine Politik, die zeigt, dass die öffentlichen Gelder zum Wohle des Volkes und nicht zur Umsetzung ideologischer Großprojekte ausgegeben werden, wird auch die Neigung zur Steuerhinterziehung deutlich reduzieren. Daher befürwortet die AfD beispielsweise die Abschaffung der Grundsteuer und eine generelle Absenkung der Mehrwertsteuer.